

V-41

#StandwithHK – Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Hongkong unterstützen



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Margarete Bause (KV München)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 China erlebt in Hongkong momentan die größten Massendemonstrationen seit der gewaltsamen
2 Niederschlagung der Demokratiebewegung am Tian'anmen Platz im Jahre 1989. Die im Juni
3 gestarteten Proteste mobilisieren Millionen. Zeitweise beteiligte sich mehr als ein Viertel
4 der Bevölkerung daran. Auslöser war der Widerstand gegen das umstrittene
5 Auslieferungsgesetz. Kritiker*innen sehen in der Gesetzesvorlage einen massiven Angriff auf
6 die gesetzlich verbrieft Autonomie Hongkongs, auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte und
7 als Zeichen der wachsenden Einflussnahme Pekings in der Sonderverwaltungszone. Trotz der
8 Erklärung der Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam im Juni, die Gesetzesentwürfe auf Eis
9 zu legen und der im September folgenden Ankündigung diese formell zurückzuziehen, halten
10 die
11 Proteste an. Neben der formellen Rücknahme der beiden Gesetzesänderungsentwürfe stehen
12 mittlerweile umfassende politische Reformen im Fokus der Demonstrationen. Diese beinhalten
13 insbesondere die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts sowie die unabhängige Aufarbeitung
14
15 der Polizeigewalt.
16 Die Hongkonger Polizei nutzt die Gewalttaten einer kleinen Anzahl von Demonstrierenden als
17 Vorwand, um mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen mehrheitlich friedlich Demonstrierende
18 vorzugehen. Auch militante prochinesische Schlägertrupps konnten gegen Unbeteiligte
19 vorgehen
20 ohne von der Polizei daran gehindert zu werden. Mehrere tausend Menschen wurden im
21 Rahmen
22 der Proteste festgenommen, zahlreiche weitere wurden schwer verletzt und zum Teil dauerhaft
23 geschädigt. Demonstrantinnen berichteten von sexueller Belästigung und systematischen
24 sexuellen Übergriffen durch staatliche Sicherheitsakteure. Neun Menschen nahmen sich aus
25 Verzweiflung über die Entwicklungen das Leben.
26
27 Trotz zunehmend massiver Repressionen und umfassender Versammlungsverbote durch die
28 Hongkonger Behörden sowie militärischer Machtdemonstrationen vonseiten Pekings lässt sich
29 die Demokratiebewegung in Hongkong nicht einschüchtern. Damit verteidigen sie die
30 Grundwerte, die auch unsere Gesellschaft tragen: Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit
31 und die Achtung der Menschenrechte.
32
33 Zeitgleich versucht die chinesische Staatsführung auch die Meinungs- und
34 Versammlungsfreiheit in Deutschland einzuschränken. Anfragen der grünen Bundestagsfraktion
35 belegen die Einschüchterungsversuche und das ungenierte Wirken von Spitzeln der
36 chinesischen
37 Volksrepublik in Deutschland, das sich insbesondere gegen Unterstützer*innen der Hongkonger
38 Demokratiebewegung richtet.

39
40 Mit Blick auf die friedliche Revolution in Deutschland kommt uns hier eine besondere
41 Verantwortung zu, die Demokratiebewegung in Hongkong zu unterstützen. Denn auch als die
42 Bürger*innen der DDR vor dreißig Jahren gegen die SED-Diktatur auf die Straße gingen, schien

39 ihr Freiheitskampf chancenlos. Zu allmächtig war das autoritäre Regime, zu präsent die
40 Bilder des Tian'anmen Massakers vom 04. Juni 1989. Dass sie ihre Stimme trotzdem für
41 Freiheit und Demokratie erhoben, kann man ihnen nicht hoch genug anrechnen. Ihr
42 Freiheitskampf veränderte nicht nur die Welt wie wir sie heute kennen - er zeigte auch, wie
43 erfolgreich David gegen Goliath sein kann.

44

45 Daher solidarisiert sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den friedlich demonstrierenden
46 Hongkonger*innen und fordert:

- 47 • die Bundesregierung dazu auf, sich mit den friedlichen Demonstranten und
48 Demonstrantinnen in der Sonderverwaltungszone Hongkong in ihrem Einsatz für
49 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte solidarisch zu erklären und die
50 friedliche Demokratiebewegung in Hongkong im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden
51 Möglichkeiten zu unterstützen;
- 52 • die Bundesregierung dazu auf, die Behörden in Hongkong und der Volksrepublik China
53 aufzufordern, den Schutz der Menschenrechte und die im Hongkonger Grundgesetz (Basic
54 Law) für alle Bürgerinnen und Bürger verankerten Freiheiten zu gewährleisten;
- 55 • alle Landesregierungen, die Bundesregierung sowie die EU-Kommission dazu auf, in
56 Gesprächen und Verhandlungen mit der chinesischen Staatsregierung stets auf die
57 Achtung des völkerrechtlich verbindlichen Hongkonger Grundgesetzes (Basic Law) und
58 insbesondere des Grundsatzes „Ein Land - Zwei Systeme“ hinzuweisen;
- 59 • die Bundesregierung dazu auf, an die Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong zu
60 appellieren ihre nationalen wie internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen
61 einzuhalten, insbesondere die im Hongkonger Grundgesetz (Basic Law) garantierten
62 Rede-, Presse- und Publikationsfreiheit sowie Vereinigungs-, Versammlungs- und
63 Demonstrationsfreiheit, als auch den Internationalen Pakt über bürgerliche und
64 politische Rechte;
- 65 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone
66 Hongkong darauf hinzuwirken, dass sichergestellt ist, dass Rechtsvorschriften und -
67 auslegungen auch künftig mit ihren internationalen Menschenrechtsverpflichtungen
68 vollständig im Einklang stehen, darunter mit den Bestimmungen des Internationalen
69 Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des Übereinkommens der Vereinten
70 Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende
71 Behandlung oder Strafe;
- 72 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone
73 Hongkong darauf hinzuwirken die angekündigte formelle Rücknahme des Gesetzes über
74 flüchtige Straftäter und Rechtshilfe in Strafsachen aus dem Jahr 2019 umgehend
75 umzusetzen;
- 76 • die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone
77 Hongkong dafür einzusetzen, dass das Recht aller Menschen sich friedlich zu versammeln
78 geschützt und geachtet wird und Menschen nicht allein aufgrund ihrer Beteiligung an
79 friedlichen Versammlungen strafrechtlichen Sanktionen unterworfen werden;
- 80 • die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone
81 Hongkong für eine unabhängige, unparteiische, effektive und zeitnahe Aufarbeitung der
82 Polizeigewalt und dem zögerlichen Eingreifen der Polizei bei den gewalttätigen
83 Übergriffen auf Protestierende in der U-Bahnstation Yuen Long West Rail am 21. Juli

- 84 einzusetzen sowie dafür die Ergebnisse der Aufarbeitung öffentlich zugänglich zu
85 machen;
- 86 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone
87 Hongkong deutlich zu machen, dass das Vorgehen der Sicherheitskräfte verhältnismäßig
88 und in Einklang mit den UN Grundprinzipien für die Anwendung von Gewalt und den
89 Gebrauch von Schusswaffen durch Vollzugsbeamte („UN Basic Principles on the Use of
90 Force and Firearms by Law Enforcement Officials“) sein muss;
 - 91 • die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone
92 Hongkong für eine systematische Reform einzusetzen, um eine direkte Wahl für das Amt
93 des/der Regierungschef/in und zum Legislativrat einzuführen und ein Wahlsystem zu
94 etablieren, das demokratisch, fair, offen und transparent ist und den Menschen der
95 Sonderverwaltungszone Hongkong bei dem Verfahren zur Auswahl aller
96 Führungspositionen
ein aktives und ein passives Wahlrecht einräumt;
 - 97 • die Bundesregierung dazu auf, in Gesprächen mit der Regierung der
98 Sonderverwaltungszone Hongkong für die Einsetzung einer unabhängigen
99 Menschenrechtsinstitution zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte, im
Einklang
100 mit den Pariser Prinzipien, zu werben;
 - 101 • die Bundesregierung dazu auf, sich für ein friedliches Konfliktmanagement zwischen der
102 Demokratiebewegung und der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong
einzusetzen;
 - 103 • die Bundesregierung dazu auf, Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China in
104 allen politischen Dialogen mit chinesischen Behörden und Regierungsvertreter*innen
105 anzusprechen und die Regierung der Volksrepublik China an ihre völkerrechtliche
106 Verpflichtung zur Einhaltung der britisch-chinesischen gemeinsamen Erklärung zu
107 erinnern;
 - 108 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Volksrepublik China mit
109 Nachdruck deutlich zu machen, dass die Achtung universeller Menschenrechte und
110 völkerrechtlich verbindlicher Abkommen keine nationale Angelegenheit ist;
 - 111 • die Bundesregierung dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, demokratische und
112 rechtsstaatliche Institutionen in der Sonderverwaltungszone Hongkong zu fördern,
113 beispielsweise durch das Format eines regelmäßigen Richteraustauschs;
 - 114 • die Bundesregierung dazu auf, geeignete Exportkontrollmechanismen und
115 Ausfuhrkontrollen zu schaffen, um der Volksrepublik China und insbesondere der
116 Sonderverwaltungszone Hongkong den Zugang zu Technologien zu verwehren, die bei der
117 Verletzung grundlegender Rechte zum Einsatz kommen;
 - 118 • die europäische Kommission und das Europaparlament dazu auf, bei den bevorstehenden
119 EU-China Konsultationen die Achtung der Menschenrechte zur Grundlage der
120 Handelsbeziehungen zu machen;
 - 121 • die Bundesregierung dazu auf, auf nationaler Ebene geeignete Möglichkeiten zu
122 schaffen, um Einzelpersonen, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, nach
123 dem Vorbild des Magnitzky-Acts sanktionieren zu können;
 - 124 • die Bundesregierung dazu auf, im Rat der europäischen Union auf die Umsetzung der
125 Entschließung des Europaparlaments zu einer europäischen Regelung für Sanktionen bei
126 Verstößen gegen die Menschenrechte hinzuwirken, damit Einzelpersonen, die an

- 127 Menschenrechtsverletzung beteiligt sind, nach dem Vorbild des Magnitzky-Acts
128 sanktioniert werden können;
- 129 • die Bundesregierung dazu auf, Versuche der Einflussnahme staatlicher chinesischer
130 Stellen auf Demonstrationsfreiheit, Unversehrtheit der Demonstrierenden und freie
131 Meinungsäußerung in Deutschland deutlich zu verurteilen, zu sanktionieren und
132 geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um entsprechende Einflussnahmen zu unterbinden
133 und
die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland zu schützen und zu garantieren;
- 134 • alle Landesregierungen und die Bundesregierung dazu auf, die ihnen unterstehenden
135 Sicherheitsbehörden bezüglich des Agierens chinesischer Agent*innen in Deutschland zu
136 sensibilisieren;
- 137 • alle Landesregierungen und die Bundesregierung dazu auf, die ihnen unterstehenden
138 Sicherheitsbehörden anzuweisen, mit Nachdruck gegen durch ausländische
139 Nachrichtendienste gesteuerte Versuche der Einschränkung von Versammlungs- und
140 Meinungsfreiheit in Deutschland vorzugehen;
- 141 • die Bundesregierung dazu auf, gesetzgeberische Maßnahmen zu prüfen, um deutsche
142 Unternehmen vor politischer Einflussnahme durch die Volksrepublik China zu schützen.

weitere Antragsteller*innen

Hannah Marie Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Peter Heilrath (KV München); Michael Kellner (KV Berlin-Pankow); Jamila Schäfer (München KV); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Ssaman Mardi (KV Regensburg-Stadt); Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt); Reinhard Bütikofer (KV Berlin-Mitte); Danyal Bayaz (Kurfalz-Hardt KV); Henrike Hahn (KV München); Heidi Schiller (KV München); Hermann Josef Brem (KV München); Dieter Janecek (KV München); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Maria Wißmiller (KV München); Tim Demisch (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Kristian Warnholz (Pinneberg KV); sowie 12 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.